



Internationaler Marktzugang, Regulierung, Wirtschaft & Gesellschaft

Neutralitätsinitiative birgt ***Unsicherheit und Risiken***

26.06.2026

Auf einen Blick

- Die Neutralität war für die Schweiz seit jeher ein wichtiges Instrument, ihre Interessen in einem sich wandelnden globalen Umfeld bestmöglich und flexibel zu wahren. Dies soll auch in Zukunft so möglich bleiben.
- Die sogenannte Neutralitätsinitiative fordert demgegenüber einen risikoreichen Bruch mit dieser bewährten Praxis. Sie verlangt einen starren Neutralitätsbegriff mit rigorosen Einschränkungen.
- Die Initiative schränkt so die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz ein, schadet unserer Sicherheit und führt zu Unsicherheit und Risiken für unsere Unternehmen.

Die sogenannte Neutralitätsinitiative will einen formalistischen und starren Neutralitätsbegriff in der Verfassung verankern. Die Initiative fordert weit mehr als bloss die Neutralität des Landes. Sie verlangt ein Verbot von Militärbündnissen und sogar einen weitgehenden Verzicht von wirtschaftlichen Sanktionen gegen kriegführende Staaten. Seit mehr als 175 Jahren erlaubt die Schweizer Verfassung eine flexible Auslegung der Neutralität. Dies ermöglichte es Bundesrat und Parlament auf geopolitische Entwicklungen schnell und im Interesse des Landes reagieren zu können. Diese bewährte Handlungsfähigkeit darf nun nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Korsett gefährdet die nationale Sicherheit

Die Aufgabe der bestehenden Flexibilität durch eine starre Regelung hätte weitreichende Folgen. Starre Vorgaben würden es der Schweiz nicht mehr erlauben, ihre Interessen in einem komplexen internationalen Umfeld optimal wahrzunehmen. So hätte eine rigorose Einschränkung der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten – zum Beispiel beim Austausch von Fachwissen, in der Ausbildung, bei Forschungsk Kooperationen oder in der Cyberabwehr direkte Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz. Unser Land würde riskieren, international abgekoppelt zu werden. Die Initiative wurde mit dem Anspruch lanciert, die Sicherheit des Landes zu erhöhen. Tatsächlich würde sie aber das Gegenteil bewirken. Sie würde es verunmöglichen, auf moderne Bedrohungsformen, die nicht an der Grenze halt machen, zu reagieren. Die weitgehende Abschottung gegenüber anderen Staaten und das Verbot der Zusammenarbeit mit Verteidigungsbündnissen würden die Schweiz stark schwächen.

Risiken für Aussenwirtschaft und Marktzugang

Der Wirtschaftsstandort Schweiz lebt von Offenheit und Vernetzung. Eine isolierende Politik würde die Schweiz ins Abseits drängen und dadurch diese Stärken gefährden. Leidtragend wäre die Innovationskraft. Ein freier Zugang zu Märkten und stabile wirtschaftliche Beziehungen sind entscheidend für Wohlstand und Beschäftigung. Gerade in Krisenzeiten würde sich eine starre Selbstbeschränkung nachteilig für die Schweiz und die Schweizer Unternehmen auswirken. Unter den Bedingungen der Initiative könnte die Schweiz selbst international breit abgestützte Sanktionen nicht mehr mittragen; nur noch UN-Sanktionen könnten übernommen werden. Eine Neutralität, die selbst bei schwersten Völkerrechtsverstössen keine friedlichen Gegenmassnahmen zusammen mit den uns nahestehenden Ländern zulässt, bricht mit unseren Werten und unserer Tradition, für die Einhaltung des Völkerrechts einzustehen. Die Reputation des Landes würde leiden und die Schweiz und unsere Unternehmen könnten damit als Sanktionsbrecher selbst unter Druck der internationalen Gemeinschaft und damit auch unserer wichtigsten Handelspartner geraten. Schlimmstenfalls könnte die Schweiz sogar selbst zum Ziel von Sanktionen werden.

Unnötiger Bruch mit bewährter Praxis

Die Initiative schränkt unsere Handlungsfähigkeit ein, schwächt unsere Sicherheit und schadet unserem Werk- und Finanzplatz. Dabei ist der Kern der Initiative vollkommen unnötig. Denn bereits heute ist die Neutralität in der Verfassung verankert. Sie ist international als immerwährend und bewaffnet anerkannt. Die Schweiz beteiligt sich bereits heute nicht an militärischen Auseinandersetzungen von Drittstaaten und gehört keinem Militärbündnis an. Die sogenannte Neutralitätsinitiative fordert somit ohne sachliche Notwendigkeit einen Bruch mit der bewährten Neutralitätspraxis – mit drohenden negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Bundesrat und Parlament empfehlen daher zu Recht die Ablehnung der Neutralitätsinitiative.



Erich Herzog

Bereichsleiter Wettbewerb & Regulatorisches, General Counsel, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung



Roberto Colonnello

Senior Advisor Kampagnen

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch